

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 16/3 (1989)

DOI: 10.11588/fr.1989.3.53796

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

In einer programmatischen Rede am 23. Juli 1944, seiner ersten Rede im befreiten Rom, erklärte De Gasperi: »Il nemico della libertà è il totalitarismo di Stato ... prima viene l'uomo e poi lo Stato« (zitiert von Monticone, S. 59); die Neuordnung der Nachkriegswelt – so sein politisches *ceterum censeo* dieser Jahre – könne nur auf der Grundlage der »civiltà cristiana« erfolgen. Mit diesem Begriff knüpfte De Gasperi nicht nur an sein politisches Kredo von 1910/11 (ebd., S. 66f.) an; er hatte im Juli 1944 vielmehr das Vorbild des Westens vor Augen: »Roosevelt e Churchill sono ricordati per aver opposto nei loro discorsi 'la civiltà cristiana al concetto neo-pagano dello stato hitleriano e mussoliniano'« (S. 68). Der Kreuzzug der angelsächsischen Alliierten für die Demokratie, oder für ihre Demokratie, half schon vor Kriegsende die italienische Entscheidung für die westliche Demokratie fördern. Denn ein halbes Jahr nach De Gasperi bekannte sich auch Papst Pius XII. in seiner aufsehenerregenden Weihnachtsbotschaft öffentlich zu Wesen und Werten westlicher Demokratie. Nicht das Diktat des Siegers, vielmehr die Erfahrung mit dem alten und die Sorge vor dem neuen Totalitarismus ließen das Italien De Gasperis beim westlichen Staatskonzept Zuflucht nehmen, und zwar eingebettet in die wiederbelebte Tradition der christlichen Soziallehre.

Westdeutschland hat wenig später einen ähnlichen Weg genommen, zwar unter alliierter Kuratel, aber doch aufgrund derselben Wertentscheidungen, denen schließlich Adenauer zu eigenständigem Ausdruck und zum Durchbruch verhalf. Der vorliegende Band ist auch insoweit ein wichtiger Beitrag zur Nachkriegsgeschichte, als er die Bedeutung von christlicher Demokratie und katholischer Soziallehre für den Neuanfang nach 1945 betont und die jeweiligen Bedingungen des Wiederaufbaus in der vergleichenden Betrachtung der beiden Länder schärfer konturiert.

Ulrich REUSCH, Ratingen

Pierre MENDÈS FRANCE, *Pour une République moderne 1955–1962*, Paris (Gallimard) 1987, 969 S. (Œuvres complètes IV).

Der vierte Band – sechs sind vorgesehen –, mit dem die Veröffentlichung von ausgewählten Dokumenten aus dem Nachlaß von Pierre Mendès France rasch fortschreitet, setzt ein mit dem Sturz der allzu kurzlebigen Regierung von »PMF« am 5. 2. 1955 und endet mit dem, von Mendès France bekämpften Referendum über die Direktwahl des Staatsoberhauptes vom 28. 10. 1962 und den Wahlen zur Nationalversammlung vom 18. 11. 1962, bei denen Mendès France wieder – wie schon 1958 – unterliegt. Auch wenn »PMF« während dieser Jahre nur noch einige Monate unter Guy Mollet in der Regierung ist (1. 2.–23. 5. 1956), spielt er weiterhin eine wichtige Rolle in der französischen Politik, übt einen großen Einfluß auf die öffentliche Meinung aus. Der Publikation kommt also nicht nur für die Biographie von Mendès France, sondern für die französische Nachkriegsgeschichte allgemein eine beachtliche Bedeutung zu, auch wenn es sich nur um eine Auswahl handelt und man vermuten kann, daß die aufschlußreichsten, weil brisantesten Stücke der Öffentlichkeit noch vorenthalten werden.

Die Dokumente – unveröffentlichte Briefe, Reden, Presseartikel – sind chronologisch angeordnet und in drei Teile gegliedert: Der erste Teil über die Jahre 1955–1957 ist »La tentative radicale« überschrieben. Hier geht es um den Versuch von Mendès France, sich durch eine grundlegende Erneuerung der radikalen Partei, deren Führung er übernahm, das Instrument für die institutionelle Reform und die ökonomische und soziale Modernisierung Frankreichs zu verschaffen. Dieser Versuch an einem gänzlich untauglichen Objekt ist gescheitert und man hat Mühe zu verstehen, daß ein so klarsichtiger Politiker wie Mendès France ihn überhaupt hat unternehmen können. Gemäß dem chronologischen Editionsprinzip kommen in diesem Teil – wie in den beiden anderen – auch, teils recht ausführlich, andere außen- und innenpolitische Probleme zur Sprache. Im Mittelpunkt steht verständlicherweise

die immer auswegloser werdene Algerienpolitik, aber man kann zum Beispiel auch die Argumente nachlesen, mit denen Mendès France, im Unterschied zur Mehrheit seiner Partei und den Sozialisten, seine Ablehnung der EWG begründet.

Der Doppeltitel des zweiten Teils über die Jahre 1958–1960: *Contre la V<sup>e</sup> République, pour le socialisme*, bezeichnet die beiden Stoßrichtungen des politischen Engagements von Mendès France: Aufgrund der seiner Auffassung nach undemokratischen, staatsstreichähnlichen Umstände, unter denen de Gaulle an die Macht kam, stimmte er der Investitur des Generals nicht zu, auch wenn er weiterhin größte Hochachtung für den Führer des Widerstands hat, an dessen Seite er gekämpft hatte und in dessen provisorischer Regierung er 1944/45 Minister war. Hinzu kam, daß er die neue Verfassung ablehnte, da sie ein »persönliches Regiment« begünstigte, was einem so stark in der republikanischen Tradition wurzelnden Mann wie »PMF« zuwider war; außerdem erschien sie ihm zwar noch nicht unter de Gaulle, aber möglicherweise unter einem seiner Nachfolger eine Gefahr für die Demokratie.

In diese Jahre fällt auch der Bruch mit der radikalen Partei, die immer weiter nach rechts gerückt war und die bald in die Bedeutungslosigkeit hinabsank. Mendès France engagierte sich in einer neuen, linkssozialistischen Splitterpartei – PSA, später PSU –, die sich von der SFIO wegen der Algerienpolitik abgetrennt hatte, der aber kein Erfolg beschieden war. Die »Konversion« fiel Mendès France auch deshalb nicht schwer, weil er mit seinen etatistisch-dirigistischen wirtschaftspolitischen Auffassungen den Sozialisten eigentlich schon immer näher gestanden hatte als der wirtschaftsliberalen radikalen Partei.

Der dritte Teil – 1961/62 – trägt den Titel der bekanntesten Publikation von Mendès France, die erstmals 1962 erschienen ist. »*La République moderne*«, hier wieder abgedruckt, will so etwas wie ein Gegenentwurf zur V. Republik sein, zu einem Zeitpunkt, als ein Regimewechsel möglich schien. Allerdings bekam »PMF« dann doch keine Chance mehr, seine Ideen umzusetzen, insbesondere nicht seinen Vorschlag eines »gouvernement de législature«, das zwar den »klassischen« Parlamentarismus wiederherstellen, ihn aber gleichzeitig stabilisieren sollte. Als sein langjähriger Weg- und Kampfgefährte Mitterrand 1981 zum Präsidenten gewählt wurde, ließ er die von Mendès France so schroff abgelehnte Verfassungsordnung intakt. Man darf darauf gespannt sein, ob man im Band 6 dazu etwas von den Reaktionen von »PMF« lesen kann.

Editionstechnisch läßt der Band viele Wünsche offen. Die historische Einleitung ist allzu kursorisch; die knappen Notizen zu den einzelnen Texten wie die wenigen Anmerkungen sind unzulänglich; schließlich fehlt ein Sachregister, das den dickleibigen Band dem Benutzer erschließen könnte.

Adolf KIMMEL, Würzburg

René RÉMOND, 1958. *Le Retour de De Gaulle*, Bruxelles (Editions Complexe) <sup>2</sup>1987 (<sup>1</sup>1983), 213 S. (La Mémoire du Siècle).

René Rémond, Präsident der Fondation Nationale des Sciences Politiques, gehört zu den profiliertesten französischen Zeithistorikern, weist sein wissenschaftliches Werk doch bereits mehr als 20 Bücher auf, unter denen Studien zur politischen Rechten, zu Religion und Antiklerikalismus neben profunden Gesamtdarstellungen stehen. In der auf einzelne Ereignisse der französischen, ausländischen oder internationalen Politik ausgerichteten populären Taschenbuchreihe nimmt er sich des wichtigsten Schlüsselereignisses an, das die französische Politik bis heute prägt: der Rückkehr de Gaulles 1958 und damit des Endes der IV. und der Errichtung der V. Republik. Diese Hinwendung zur unmittelbaren Zeitgeschichte läßt ihn zögern, weil eben noch nicht alle Konsequenzen jenes Vorgangs deutlich geworden sind. Aber er interpretiert so umsichtig, daß die Maßstäbe klar, die Angriffspunkte nur wenige sind.